

Anmerkung der Verwaltung:

*Aufgrund der besonderen Umstände durch die Corona-Krise wurde im Vorhinein fraktionsübergreifend abgesprochen, dass die Haushaltsreden in der Sitzung nicht vorgetragen werden. Die Veröffentlichung erfolgt im Ratsinformationssystem und direkt über die Internetseite www.eitorf.de. Von den Fraktionen **CDU, SPD, Grüne und BfE** wurden **Haushaltsreden eingereicht, die als Anlage 1-4 der Niederschrift beigelegt** sind. Die Fraktionen von FDP und UWG haben keine Haushaltsreden verfasst.*

Herr Strack verweist auf die Vorlage und den beigelegten Erlass und erläutert diese kurz. Insbesondere macht er deutlich, dass ein Beschluss der Haushaltssatzung als verbindliche Rechtsgrundlage für die weitere Handlungsfähigkeit erforderlich ist. Zudem geht er auf die Verfahrensweise der Kommunalaufsicht ein. Diese tue so, als ob die Ausnahmesituation aufgrund der Corona-Krise nicht bestehe. Mit Anträgen aus den Haushaltsreden würde so verfahren wie üblich. Betroffene Ansätze würden zunächst gesperrt und die Anträge würden in den Fachausschüssen beraten. Im Gegensatz zur Entwurfsfassung beinhalte die heute zu beschließende Satzung eine Änderung. So sei der Rahmen für die Aufnahme von Kassenkrediten rein vorsorglich auf 30 Mio. Euro verdoppelt worden. Des Weiteren verweist Herr Strack auf die aktuellen Auswirkungen und nennt als Beispiel die Gewerbesteuer mit einem Haushaltsansatz von 7 Mio. Euro. Bereits jetzt lägen Anträge für Stundungen bzw. Reduzierung auf null in einem Rahmen von rund 1,6 Mio. Euro vor. Bei der Vergnügungssteuer sei mit einem Totalausfall zu rechnen. Aufgrund der nicht einzuschätzenden Entwicklung mache es auch keinen Sinn, einen Nachtragshaushalt in diesem Jahr zu beschließen. Vielmehr solle man bis 2021 warten und dann ggf. ein Update vornehmen.

Ergänzend verweist Herr Strack auf eine anstehende Maßnahme. An der Sekundarschule sollen Container aufgestellt werden, um das Lehrerzimmer zu vergrößern. Somit könnte ein großes Problem an der Schule kurzfristig gelöst werden. Mittel seien im Haushalt vorgesehen. Die Ausführung solle möglichst im Sommer erfolgen. Grundsätzlich sei ein Maßnahmebeschluss des Fachausschusses erforderlich. Dies würde bei den momentanen Gegebenheiten allerdings zu einer Verzögerung führen. Es wäre zielführend, wenn auf den Maßnahmebeschluss verzichtet werden könnte, sofern der Rat heute Zustimmung signalisieren würde.

Der Bürgermeister stellt fest, dass kein anderslautender Antrag gestellt wird und Gegenrede nicht erfolgt. Nachdem sich keine Wortmeldungen mehr ergeben, ruft er die einzelnen Punkte zum Haushalt zur Abstimmung auf.